



Viel beachtet: Erste Haushaltsrede von Ruth Wenzel als neue Fraktionsvorsitzende



Ruth Wenzel,
die neue Fraktionsvorsitzende
der grünen Ratsfraktion

und nicht an Personen! Vielmehr liegt unser Schwerpunkt auf einer qualitativen Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Vorteile, wie relativ sicherer Arbeitsplatz, Fortbildungsmaßnahmen, Stufenpläne oder Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – die Väter und Mütter gleichermaßen ansprechen, gehören neben anderen dazu.

An dieser Stelle möchte ich meinen Dank an die Verwaltung, die zum dritten Mal sich diesem Projekt »Neues Kommunales Rechnungswesen« genähert hat, zum Ausdruck bringen. Es ist bestimmt nicht einfach, die Zahlen so darzustellen, dass sie nicht zu Verwirrungen führen. Ihre Absicht – fußend auf Wünschen von uns Ratsfrauen und Ratsherren -, deshalb den Haushaltsplan lesbarer zu machen und auf Zahlenwerk zu verzichten, führte leider nicht zu einem Ergebnis, mit dem wir umgehen konnten. So einfach ließ sich das Problem leider nicht lösen.

Und immerhin soll der Haushalt ein Bürgerhaushalt sein bzw. werden. Dann müssen die Zahlen für sich sprechen.

Die Darstellung des Haushaltsplanes war das eine Problem, hinzu kamen die Kürze der Zeit und der sehr spät eingebrachte Stellenplan, der ja Bestandteil des Haushaltsplanes ist – im Übrigen erst im Januar, nach der geplanten Zeit zur eigentlichen Verabschiedung des Haushaltes. Ich will jetzt gar nicht mehr auf das Procedere weiter eingehen, in den Ausschüssen wurde genug dazu gesagt. Wir haben

daraus gelernt, so wird z.B. dem nächsten Haushalt 2010 zwischen Einbringung und Verabschiedung mehr Zeit eingeräumt.

»Wir tun im Rahmen unserer Möglichkeiten das Sinnvolle und Richtige« – diesen Leitgedanken schicken Sie, Herr Bürgermeister Walther Ihrer Haushalts-Einbringungsrede voraus. Über das Sinnvolle und das Richtige lässt sich streiten, wobei wir sowohl Übereinstimmungen als auch Divergenzen haben.

Ich werde mich aber zunächst dem Rahmen unserer Möglichkeiten zuwenden, da dieser Rahmen unser städtisches Handeln mehr und mehr begrenzt als uns lieb ist. Das Gesetz zum Kommunalen Finanzausgleich wurde mittelbar zu Ungunsten der Regions-Kommunen verändert. Die Erhöhung der Regionsumlage ist die logische

Weiter auf Seite 2

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun hat es mich schneller erwischt als erwartet, eine Haushaltsrede zu halten. Der Haushalt hat uns heftig beschäftigt. Unsere Positionen zu diesem Produkt waren nicht einfach zu finden, da weiterhin insbesondere in einem Teil des Haushaltes – dem Stellenplan – grundsätzliche Probleme sind, die kontraproduktiv zur überlegten haushaltswirtschaftlichen Zurückhaltung stehen.

In der Verwaltung muss die Personalpolitik der finanziellen Situation der Stadt angepasst sein. Ein Anstieg der Ausgaben durch steigende Personalkosten ist durch die Ergebnisse der Tarifverhandlungen immer gegeben. Das ist auch gut so. Ebenso können zusätzliche Arbeitsplätze notwendig werden. Wir halten es aber nicht für zielführend, die Gehaltsstufenstruktur so zu ändern, dass der Bereich Personalkosten, der schon über ¼ der Ausgaben des Haushaltes ausmacht, weiter künstlich ausgeweitet wird. Deshalb fordern wir eine Reduzierung der Leitungsebene von 6 auf 4 Stellen – wie es sie im übrigen bis vor kurzem noch gab. Die Stellenbildung soll sich an Aufgaben orientieren

INHALTSVERZEICHNIS

Haushaltsrede	Seite 01
Inhalt	Seite 02
Busse + Bahnen	Seite 03
Heckenpflege	Seite 03
Dieter Albrecht verabschiedet	Seite 04
Sprachförderung in der Region	Seite 05
Antrag Tempo 30	Seite 05
Internationale Debatte	Seite 06
Die Mogelpackung	Seite 07
Aus dem Ortsverband	Seite 07
Der grüne Pinocchio-Test	Seite 08
Impressum und Kontakt	Seite 08





Fortsetzung von Seite 1

Antwort auf diese Veränderung. Eine grundsätzliche Reform der Gemeindefinanzen, die eine Abkehr von der Orientierung an der lokalen Wirtschaftskraft zum Inhalt hat und sich mehr dem lokalen Bedarf widmet, ist u. E. dringend erforderlich.

Der Nachholbedarf an kommunaler Infrastruktur ist enorm hoch, die Ausgaben hierfür – so das DifU – müssten sich in kürzester Zeit verdoppeln. Sehen wir vom Bundeskonjunkturprogramm ab, das gerade vom Bundeskabinett verabschiedet wurde, von dem wir noch nicht wissen, was letztendlich unter welchen Bedingungen bei den Kommunen ankommt, so ist zukünftig mit der Stagnation oder gar mit dem Sinken von Steuereinnahmen und ebenso von Zahlungen von Bund und Land zu rechnen. Hinzu kommen erhöhte Sozialausgaben aufgrund der erhöhten Anzahl von Arbeitslosen. Und in Krisen bewegen wir uns ja z. Zt. ständig.

Auch das Konnexitätsprinzip muss fairer gehandhabt werden. Dieser Rahmen bedarf dringend einer Novellierung! Wir dürfen nicht nachlassen, über die Städtetage und zu anderen Gelegenheiten auf diese verheerenden Bedingungen hinzuweisen und Änderungen zu fordern.

Ich glaube, da sind wir d'accord.

Kommen wir zu den Inhalten: Unsere Schwerpunkte oder ablehnenden Haltungen gegenüber Vorschlägen anderer Fraktionen oder der Stadtverwaltung orientieren sich daran, die Stadt lebenswerter zu machen und nicht daran, die Verwaltung oder andere Fraktionen zu ärgern. Das will ich hier mal festhalten.

Bündnis 90/ Die Grünen ist der Klimaschutz ein wichtiges Anliegen. Wir alle im Rat vertretenen Fraktionen haben uns gemeinsam auf die Erarbeitung eines Klimaschutzaktionsprogrammes geeinigt. Dabei legen wir von Bündnis 90 unser Hauptaugenmerk auf die Realisierung höchster Standards wie in unserem Antrag zur Baupflicht für die Nutzung erneuerbarer Energien bei Neubauten dargelegt wurde und der Eingang in das Klimaschutzaktionsprogramm finden wird.

An dieser Stelle wie auch im Zusammenhang mit weiteren Vorhaben (z.B. bei der Gebäudesanierung) möchten wir die Einbindung der lokalen Wirtschaft betonen. Bis 2020 ist das Ziel die Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 40 % gegenüber

1990. Hierfür müssen alle Anstrengungen unternommen werden, nicht zuletzt mit Hilfe der Vorbildfunktion der Stadt Ronnenberg. Im umfangreichen Programm der Gebäudesanierung – im Übrigen: Hut ab vor dieser gründlichen Bestandsaufnahme – steht der Aspekt der energetischen Sanierung vorn. Eine richtige Entscheidung, die zukünftig auch Betriebskosten einsparen lässt.

Das Kavernen-Erweiterungsvorhaben der GHG wird vor allem in Bezug auf Umweltauswirkungen von unserer Seite kritisch begleitet. Die Erfordernisse des Umweltschutzes – normalerweise durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung abgegolten – sind im Bundesberggesetz unzureichend geregelt und daher werden die dort niedergeschriebenen Voraussetzungen für eine Betriebsgenehmigung ohne Probleme erfüllt.

Trotzdem: Hier ist es, um stellvertretend das Problem der Lärmemissionen zu nennen, wichtig, mit der GHG entsprechende Maßnahmen auszuhandeln.

Mit einem Antrag von Bündnis 90, CDU und FDP wird die Jugendarbeit durch eine Neukonzeption gestärkt. Das Jugendzentrum soll in das unmittelbare Umfeld der Marie-Curie-Schule und den Förderschulen verlegt werden, dort, wo sich die potenziellen Besucherinnen und Besucher eh aufhalten. Die Öffnungszeiten sollen in den Abend hinein ausgeweitet werden. Das aktive Zugehen auf Jugendliche – auch aufsuchende Jugendarbeit oder Streetworking genannt – ist Bestandteil des Konzeptes. Damit neue Aufgaben nicht auf dem Rücken des Personals ausgefochten werden, ist eine zusätzliche Stelle ab Juli im Haushaltsplan mit aufgenommen worden.

Unsere Grundschulen in Ganztagsgrundschulen umzuwandeln stehen wir positiv gegenüber. Eine moderne Schule ist mehr als ein Ort der Wissensvermittlung. Sie ist auch eine Stätte der Begegnung von Kindern aus unterschiedlichen Lebenskontexten, von Generationen und Kulturen. Der Aufbau von Ganztagschulen ist eine komplexe und anspruchsvolle Schulentwicklungsaufgabe. Um ein Gelingen zu gewährleisten, sind zuverlässige Rahmenvorgaben und professionelle Prozessberatung erforderlich. Dazu gehören z. B. die baulichen, räumlichen und personellen Ausstattungen, schlüssige Konzepte. Wir werden unser Augenmerk

darauf richten, dass nicht der zweite vor dem ersten Schritt gemacht wird.

Verpflichtungen zur Umsetzung einer aktiven, effektiven Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming ergeben sich sowohl aus internationalem Recht als auch aus Deutschlands nationalem Verfassungsrecht.

Ronnenberg hat hier eine ganze Menge nachzuholen. Die Stadtverwaltung hat ca. 70 % Mitarbeiterinnen (Teilzeit!), von denen sich z. Zt. noch eine in der Leitungsebene befindet. Welche Anstrengungen unternimmt eigentlich die Verwaltung, um den Frauenanteil in leitenden Positionen zu erhöhen?

Es gibt Kommunen, die jedes ihrer politischen Konzepte und Maßnahmen überprüfen, inwieweit sie Auswirkungen auf die Gleichstellung haben. Ein Instrument, und deshalb passt dieses Thema hierher, das auch unter finanziellen Gesichtspunkten nicht uninteressant ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Keinen Meter für Nazis!

Am 1. Mai 2009 wollen Rechtsextreme aus »Freien Kameradschaften« und der NPD in der niedersächsischen Landeshauptstadt aufmarschieren. Sie missbrauchen den Tag der Arbeit für eine Demonstration ihrer rassistischen, antisemitischen und menschenverachtenden Ideologie.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen streiten für eine demokratische, solidarische und weltoffene Gesellschaft.

Wir stellen uns entschieden gegen Neonazis und menschenfeindliches Gedankengut und unterstützen den Aufruf »**Bunt statt braun. Keinen Meter! Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch!**« und engagieren uns im Bündnis gegen den Naziaufmarsch.





Buslinie 350: Grüne fordern kurzfristige Entscheidung vom Land

Schnelle Klarheit über die Zukunft der Landesmittel für den Nahverkehr hat der grüne Regionsabgeordnete Ulrich Schmersow gefordert. Die Landesregierung hatte am Freitag bekannt gegeben, dass über die Fortführung der Zuschüsse für die Buslinie 350 erst im Herbst beraten werden solle. »Die Region muss aber bei den Verkehrsunternehmen schon bis Mai Zusagen für den Fahrplan 2010 machen. Wenn sich das Land bis Herbst Zeit lässt, ist die Linie schon beschnitten!«, so Schmersow. Faktisch würde damit das Land die Ausdünnung zulassen.

»Die Region und viele Städte und Gemeinden arbeiten zurzeit an Klimaschutzprogrammen. Ein wichtiger Bestandteil sind Fördermaßnahmen für Bus und Bahn. Streichungen vor diesem Hintergrund sind genau das Gegenteil von dem, was zu tun ist«, äußert Schmersow sein Unverständnis. Ein Zweistundentakt bei der Linie 350 würde den Bus völlig unattraktiv machen und ist die Vorstufe der KomplettEinstellung.

Hintergrund:

Die Landesregierung hat angekündigt, erst im Zuge der Haushaltsplanberatungen im Herbst über die über die Fortsetzung der Kompensationszahlungen bei den Regionalisierungsmitteln zu entscheiden.

Für die Jahre 2007 bis 2010 sind die Regionalisierungsmittel aus dem Nieder-

Bisher vermiedene Angebotseinschränkungen:

R 4 (Hannover – Walsrode)	Streichung der durchgehenden Züge auf der »Heidebahn« samstags und sonntags ganztägig.
R 3 (Hannover – Celle)	Streichung der »Kurvenzüge« Richtung Burgdorf samstags ab 18:00 Uhr und sonntags ganztägig.
600 (Großburgwedel – Lahe)	Einstellen der 11 Fahrten werktags von Großburgwedel/ Bahnhof nach Lahe. Einstellen der Ruf-Taxi – Fahrten zwischen Klein Lobke und Sehnde/Schulzentrum werktags nach 20:00 Uhr, samstags vor 10:00 und nach 22:30 Uhr, sonntags vor 12:00 und nach 16:00 Uhr.
372 (Klein Lobke – Sehnde)	Alle Tage: Einstellen des Abschnitts Sehnde/Schnedebruch – Sehnde/Schulzentrum.
254 (Gewerbegebiet Bornum)	Einstellen aller Fahrten werktags zwischen Mühlenberg und Wallensteinstraße.
612 (Krähenwinkel – Langenhagen)	Einstellen aller Fahrten des Ruf-Taxis Krähenwinkel/Ost – Langenhagen-Mitte/Bahnhof (werktags 34, samstags und sonntags je 30 Fahrten)
350 (Gehrden – Hemmingen – Wülfel)	Takthalbierung auf dem Abschnitt Weetzen/Bf./Westseite – Wülfel von stündlich auf zweistündlich, entsprechend 14 entfallende Fahrten werktags. Beibehaltung des Angebots auf dem Abschnitt Gehrden – Weetzen/Bf./Westseite.

sächsischen Nahverkehrsgesetz für die Region Hannover im Umfang von insgesamt 26,8 Mio. EUR gekürzt worden, allein für das Jahr 2010 im Umfang von 8,2 Mio. EUR.

Das Land hat der Region Hannover in den Jahren 2008 und 2009 einen teilweisen Ausgleich im Umfang von jeweils 1,8

Mio. EUR gewährt. Im Gegenzug konnte u.a. die Takthalbierung der Linie 350 im Bereich zwischen Weetzen und Wülfel vorläufig vermieden werden.

Ulrich Schmersow
(Grüne Regionsfraktion)

Heckenpflege

Nester und Tierspuren zeigen, dass die Feldhecke neben dem Festplatz an der Empelder Straße in Ronnenberg ein wichtiges Refugium für die Tierwelt ist. Vögel, Hasen, Kaninchen, Fasane, Mäuse und viele Insekten finden hier einen Lebensraum. Er bietet ihnen Deckung, Nistplätze und Nahrung. Auch Rehe und Füchse besuchen dieses Biotop. Durch regelmäßigen Rückschnitt der in die Höhe strebenden Sträucher wird die Hecke dichter. Die Blühfreudigkeit und der Fruchtansatz werden angeregt. Die vielen neuen Triebe

bieten besseren Schutz. Die Tiere finden mehr Nahrung. Als natürliches Hindernis bricht die Feldhecke die Kraft des Windes und vermindert dadurch die Bodenerosion. So profitieren neben den Tieren und Jägern auch die Landwirte von Hecken.

Jeder Rückschnitt ist ein starker Einschnitt in den Lebensraum der Tiere. Um



diesen zu begrenzen, werden Hecken nur abschnittsweise und außerhalb der Brut- und Setzzeit der Tiere zurück geschnitten. Die Ortsgruppe des BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz) in Ronnenberg hat daher am 21. Februar 2009 mit starker Unterstützung des Vorstandes von Bündnis 90/Die Grünen und Naturfreunden ein weiteres Teilstück der Ronnenberger Feldhecke gekürzt. Die Temperaturen waren angenehm und sogar die Sonne ließ sich etwas blicken. So brachte diese Arbeit neben der Zufriedenheit über das Ergebnis und Gesprächen in der Pause mit Kaffee und Kuchen noch viel Spaß.

Hannelore Plaumann, BUND



Dieter Albrecht als Fraktionvorsitzender der Grünen Ratsfraktion verabschiedet



In der gut besuchten Ortsversammlung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN am Donnerstag, den 26. Februar 2009 wurde Dieter Albrecht als Fraktionsvorsitzender der Grünen Ratsfraktion verabschiedet.

Mit seinem Ausstieg aus dem Rat der Stadt Ronnenberg verlässt ein grünes Urgestein die Ratsfraktion der Grünen in Ronnenberg – aber nicht die Grünen in Ronnenberg.

Charly Schatz-Wanek vom Vorstand würdigte Dieters Leistungen mit einem kleinen Blick zurück.

Dieter war von 1986 bis 1991 Rats Herr in Ronnenberg und Vorsitzender des ersten Umweltausschusses.

In den 10 Jahren zwischen 1991 und 2001 war er alles andere als untätig: beratendes Mitglied im Finanzausschuss, Aktivist und Initiator für viele außerparlamentarische Bewegungen: sein engagierter Einsatz für Kindergärten, Demos gegen den Irak-Krieg, Start- helfer für eine Mieterinitiative im

Wohnpark, um nur einige Beispiele zu nennen.

Hier wird schon deutlich, dass er stets neue Herausforderungen gesucht,



gefunden und tatkräftig angepackt hat.

Seinen Wiedereinzug in den Rat 2001 begann er mit einem Wahlkampf, den man im Nachhinein eigentlich nur als furios bezeichnen kann.

Sein Einsatz und Elan, offensiv und von Tür zu Tür, hat viele mitgerissen und ihm sowie den Grünen ein hervorragendes Ergebnis beschert.

Und als erster grüner (stellvertreter) Bürgermeister wird er in die Geschichte Ronnenbergs eingehen. Ob das in der im Herbst erscheinenden Chronik von Ronnenberg vermerkt sein wird?

Nach dem Rücktritt von Rita Fuhrmann-Hilpert hat er zusätzlich zum Bürgermeisteramt noch den Fraktionsvorsitz übernommen. Ein bewundernswerter Kraftakt – neben der beruflichen Arbeit als Betriebsratsvorsitzender eines großen Versicherungskonzerns noch zwei 2 arbeitsintensive, politische Ämter auszufüllen.

Dieter wurde – unter donnerndem Applaus – für seine geleistete Arbeit ein ganz herzlicher Dank ausgesprochen – für seinen Einsatz, seine stets offene und lebendige Art, seine stets respektvolle Art der Auseinandersetzung.

Und in der Wehmut des Abschieds klang natürlich die Freude mit, in Dieter Albrecht einen engagierten Vorsitzenden des Regionsverbandes der Grünen zu haben, der sich zukünftig stark um die Vernetzung der Ortsverbände und um die Stärkung inhaltlicher, politischer Themen einsetzen wird.

»Und da bist Du beste Wahl!«, war die eindeutige Aussage.

Wir wünschen Dieter Albrecht für sein neues Amt viele inhaltliche Erfolge und Freude, Energie und Gesundheit für die vielfältige Arbeit, die auf ihn wartet. – verbunden mit der »Mahnung«, auch auf seine Gesundheit und sein eigenes Wohlergehen zu achten.

Im Hintergrund ein historisches Plakat aus der Zeit der Bürgermeisterwahl.



Grüne begrüßen zusätzliche Mittel für Sprachförderung

Andreas Beichler: »Die Sprachförderung in den Kindertagesstätten sollte auch durch eine unbefristete Stelle gesichert werden.«

Es ist erst einige Wochen her, da war die Aufregung groß über die neuerlich gestiegene Regionsumlage. Es fließt aber auch zielgenau Geld zurück in die Kommunen, die beispielsweise einen Bedarf an Sprachförderung für ihre Kitas anmelden. Hier fördert die Region zusätzlich zur Landesförderung! »Wir begrüßen ausdrücklich die zusätzlichen Mittel für die Sprachförderung durch die rot-grün ge-

führte Region, denn dies ist ein entscheidender Schritt hin zu mehr Qualität in den Kindertageseinrichtungen«, so Andreas Beichler, Grüner Ratsherr. »Für alle Kinder wurden die Förderzeiten um mehr als 20% erhöht«, so Beichler weiter. Erstmals können auch Kindertageseinrichtungen berücksichtigt werden, die überwiegend Kinder mit Sprachförderbedarf haben, die aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen stammen. Zweitens besteht die Möglichkeit, die Landes- und Regionszuwendung zu kumulieren, so dass es den Trägern von Kindertageseinrichtungen ermöglicht wird, Geldleistungen für den

Einsatz einer eigenen Sprachförderkraft beantragen zu können. In Ronnenberg haben 128 Kinder in 6 Kitas im laufenden Kindergartenjahr von der Sprachförderung profitiert. Die Grünen werden im nächsten Ausschuss für Bildung, Jugend und Soziales die Verwaltung der Stadt Ronnenberg auffordern, auch zum nächsten Kita-Jahr entsprechende Förderanträge zu stellen. Des Weiteren wird die Grüne Ratsfraktion anfragen, ob für die Sprachförderkraft eine Stelle auf Dauer, also nicht befristet, eingerichtet wird, um so eine Kontinuität dieser wichtigen Maßnahme zu gewährleisten. **Andreas Beichler, Ratsherr**

Tempo 30 für die Straße »Über den Beeken«

Die Grüne Ratsfraktion hat den Antrag gestellt, die Region Hannover aufzufordern, für die Straße »Über den Beeken« im Stadtteil Ronnenberg zwischen Kreuzung Empelder Straße und Kreuzung Velster Straße aus Sicherheitsgründen Tempo 30 anzuordnen.

Der Straßenabschnitt ist durch seine Enge und seine Kurven sehr unübersichtlich. Der geschwungene Verlauf der Straße verleitet etliche AutofahrerInnen zum Beschleunigen im Kurvenbereich. Eine angepasste Fahrweise ist in der Praxis in vielen Fällen nicht gegeben.

Die Busse müssen zum Teil die Mittellinie in den Kurvenbereichen überfahren. Beim Überholen der FahrradfahrerInnen durch Autos wird in der Regel der gesetzliche Mindestabstand nicht eingehalten. Die Fußwege sind für die kombinierte Nutzung durch FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen zu schmal. Viele FahrradfahrerInnen haben Angst, in diesem Abschnitt Fahrrad zu fahren oder fahren unsicher, was die Gefährdung noch erhöht.

Der Edeka-Einkaufsmarkt wird nicht nur von AutofahrerInnen, sondern auch viel von FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen besucht. Hier kommt es gerade beim Übergang der Straße trotz Mittellinie bei Autos, die 50 km/h fahren, zu



knappen Situationen. Die erweiterten Öffnungszeiten von Edeka bis 21:00 Uhr haben den besonders gefährlichen Zeitraum während der Dunkelheit noch verlängert. Um eine Verbesserung der Sicherheitslage zu erreichen, gehört zu den bisherigen baulichen Maßnahmen, der Mittellinie, der abbiegenden Einfahrt in die Gehrdener Strasse und den Fußgängerampeln, eine der Situation angemessene Fahrgeschwindigkeit der Autos und Busse, die bei über 30 km/h nicht mehr gewährleistet ist. In der letzten Sitzung des Ausschusses

Es kommt immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen Autos und Radfahrerinnen und Radfahrern wie hier im Bereich des EDEKA-Überganges.

für Bauen, Ökologie und Wirtschaft ist zugesagt worden, die Situation vor Ort prüfen zu lassen. Wir sind allerdings der Auffassung, dass hier sehr schnell gehandelt werden muss, denn wenn erst einmal Verletzte zu beklagen sind ist es zu spät!

Ruth Wenzel, Ratsfrau



»Feigheit vor dem Freund«

Viele furchtbare Menschenrechtsverbrechen mit Völkermord gab es im letzten Jahrhundert. Sie sind geschehen und die direkt Verantwortlichen leben zumeist auch nicht mehr. Wie aber sollen die Nachkommen mit den Verbrechen ihrer Väter und Großväter umgehen? Die Frage wäre müßig, wenn die Folgen dieser Verbrechen nicht direkt unser Leben und die Politik bestimmten.

Drei Beispiele:

1. Deutschland hatte eigentlich Glück, dass durch den totalen Zusammenbruch des Naziregimes und den 2. Weltkrieg das unsägliche Verbrechen des Holocaust (übersetzt: die Katastrophe) an Juden, Sinti und anderen Minderheiten schonungslos aufgedeckt wurde und bei den Deutschen Scham, Trauer, Bekennen, Bereuen und Bereitschaft zum Ausgleich materieller Schäden ausgelöst wurden. So kommt die Weisheit des Alten Testaments »Das Geheimnis der Versöhnung ist die Erinnerung« zum Tragen und langsam kann durch Anerkennung der Schuld eine Versöhnung mit Juden, Sinti usw erfolgen.

2. Die Türkei hat diesen so schmerzlichen Prozess der Anerkennung und Trauer um die Vertreibung und Ermordung von 1,5 Millionen – die Zahl variiert je nach Position des Berichtstatters zwischen 0,3 und 1,7 Mio – Armeniern 1917 noch immer nicht vollzogen und deshalb noch immer ein schwer gestörtes Verhältnis zu Armenien und zur Zeit geschlossene Grenzen zum Nachbarn. Dazu kommen Spannungen mit den USA, deren Kongress auf das Bekenntnis dieses Unrechts drängt, und auch ein EU-Beitritt der Türkei wird zur Zeit unter anderem durch dieses Hindernis unmöglich. Die Auswirkungen betreffen die Türken aber mehr als uns.

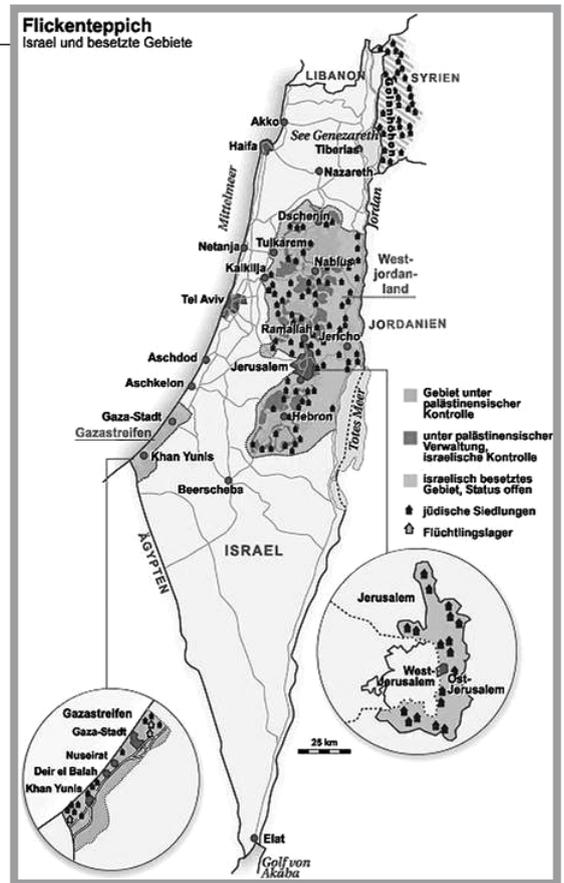
3. Anders ist es mit Israel, das die Nagba (übersetzt: die Katastrophe) der Vertreibung der Palästinenser mit vielen Toten und zur Zeit etwa 5 Millionen Flüchtlingen in aller Welt (und nach 60 Jahren noch immer in zahlreichen Flüchtlingslagern) nach wie vor nicht bekennt, bereut und betrauert. Ohne diese »Mutter der Nah-Ost-Konflikte« hätte es wahrscheinlich keinen Irak-Krieg 1991, keinen arabischen Terrorismus mit 11.

September 2001 (der palästinensische existiert schon seit 1969), keinen Irak-Krieg 2003 und keinen Afghanistankrieg mit insgesamt ca. 2 Millionen Toten gegeben. Hier sind wir sehr stark mit betroffen. Mit dem Vermächtnis unserer Schuld an dem Holocaust und der Mitschuld an Jahrhunderte währendem Antisemitismus wagen wir aber nicht, dem Freund unsere Sichtweise des Konflikts zu sagen. Ich nenne dies Feigheit vor dem Freund. Eine Kanzlerin, die der Hamas die Alleinschuld am bisher letzten Gazakrieg zuweist und ein Parlament, dessen gesamtes Parteienspektrum anlässlich der Feier des 60. Jahrestages der Staatsgründung Israels die Nagba nicht einmal zu erwähnen wagt, helfen dem Freund nicht aus der Sackgasse sondern vergrößern nur die Frustration und die Terrorbereitschaft der Palästinenser.

Die Argumente Israels, es müsse handeln wie es handelt, gelten spätestens seit der Genfer Initiative vom 1. Dezember 2003 und der Erklärung der Bereitschaft der arabischen Staaten in Beirut vom 28. März 2002, Israel in den Grenzen von 1967 anzuerkennen, nicht mehr. Mit der totalen Demütigung der Palästinenser durch Checkpoints, Mauerbau, Landbeschlagnahmen, Siedlungsbau sowie fortgesetzter Vertreibung (in der Westbank) und massiven Infrastrukturzerstörungen in Gaza alle 2 Jahre verliert Israel jegliches Verständnis aller echten Freunde in der Welt. Den radikalen Zionismus als Ideologie zum Gewinn Ganzpalästinas bzw alttestamentarischer Grenzen dürfen wir nicht akzeptieren oder durch unser Schweigen unterstützen. Er muss gestoppt werden, damit Israel nicht in einem am Horizont drohenden Atom-Konflikt mit Pakistan oder Iran untergeht und den halben Erdball mitreißt.

Deshalb müssen wir dem Freund sagen: Frieden und angstfreies Leben für Juden ist in Israel nur zu haben durch

- Anerkennung der Schuld gegenüber den Palästinensern (und deren Bedauern der Opfer des Terrorismus).



- Anerkennung der Grenzen Israels von 1967 und Gewährung gleicher Rechte für alle seine Bürger
- Einigung auf gleiche Quoten für Einwanderung bzw Rückwanderung von Juden und Palästinensern und Kompensation der übrigen Flüchtlinge (auch durch Geberkonferenz der G 20 Staaten).
- Teilung Jerusalems wie in der Genfer Initiative vorgesehen
- Anerkennung eines gleichberechtigten Staates Palästina durch Israel in Gaza und Westbank sowie Israels durch alle arabischen Staaten.
- Einigung auf die Nutzung des Wassers der Westbank durch Ankauf von Israel

All dies sieht so aus als fordere man nur den Israelis Konzessionen ab. Zu bedenken ist aber, dass Palästinenser bei dieser Lösung bereits 78 % Ihres Landes nach dem UNO-Beschluss von 1947 verloren bzw geopfert haben und die Welt Ihnen äußerst dankbar sein muss, dass sie dies um des Friedens willen akzeptiert haben, obwohl es aus ihrer Sicht eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit war. Was hatten sie mit Holocaust und Antisemitismus zu tun?

Ein jüdischer Freund sagte mir mal: Wenn ihr Deutsche das Unrecht, das in Israel geschieht, nicht benennt, dann macht Ihr Euch ein zweites Mal schuldig!

All dies müssen wir unserem Freund Israel sagen und tun wir es nicht, dann ist es FEIGHEIT VOR DEM FREUND!

Bernhard Klinghammer



Die Mogelpackung!

Ja, wenn man mit einem Konjunkturpaket nachhaltige Wirkung erzielen will, ist die Förderung von zusätzlichen kommunalen Investitionen mit Schwerpunkt auf die Sanierung von Schulen auch zur Reduzierung des Energieverbrauches ein richtiges und begrüßenswertes Mittel (im Gegensatz zur Abwrackprämie oder dem Bau von neuen Straßen).

Was macht nun die große Koalition aus CDU/CSU und SPD? Sie gibt den Kommunen zweckgebunden Geld, welches sie ihnen dann aber gleich an anderer Stelle wieder weg nimmt. Dadurch haben die Kommunen und damit die Schüler keinen Zusatznutzen aus den Konjunkturpaketen. Die Kommune ist lediglich ihrer Haushaltshoheit beraubt.

Betrachtet man die beiden Konjunkturpakete in der Gesamtheit ihrer Wirkungen für die Kommunen, so ist das Ergebnis mehr als ernüchternd. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) beziffert die kommunalen Minder-einnahmen aus dem ersten und zweiten Konjunkturpaket auf 1,9 Milliarden Euro in diesem Jahr und sogar auf 3,4 Milliarden Euro in 2010. Damit würde den Gemeinden in diesem Jahr 30 Prozent der zusätzlichen Investitionsmittel gleich wieder entzogen, im kommenden Jahr wären es knapp 60 Prozent. Rechnet man noch die Folgen der höheren steuerlichen Abzugsfähigkeit von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung hinzu, die ab 2010 gelten soll, so geht das IMK davon aus, dass

die Gemeinden im kommenden Jahr sogar fast 80 Prozent der zusätzlichen Investitionsmilliarden wieder verlieren.

Das heißt unter dem Strich: Das vermeintliche »Herzstück« des Konjunkturpaketes, die kommunalen Investitionshilfen werden schon im nächsten Jahr auf bis 20% der Investitionssumme zusammenschrumpfen. Da die Steuererleichterungen ohnehin wirkungslos verpuffen und allenfalls die Sparquote erhöhen, muss die Koalition auf Steuersenkungen verzichten, um den Teil des Investitionspaketes zu retten, der in seiner Wirkung auf die Sicherung von Arbeitsplätzen am sinnvollsten ist: Investitionen in die kommunale Infrastruktur.

Jens Williges, Ratsherr

Aus den Ortsversammlungen

Wir haben in den letzten Monaten – von Oktober 2008 bis Februar 2009 – drei Schreiben bzw. Anträge an den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion gerichtet und unsere Kritik zu verschiedenen Themen zum Ausdruck gebracht:

1. **Nachwachsende Rohstoffe**

Die angestrebten Biokraftstoffziele können nur mit erheblichen Importen aus Drittländern realisiert werden. Dabei sind negative ökologische Auswirkungen in Drittländern unausweichlich. Biomasse kann in der gekoppelten Wärme- und Stromerzeugung bis zu dreimal effizienter und wesentlich kostengünstiger eingesetzt werden als bei der Erzeugung von Biokraftstoffen. Die staatliche Förderung von Biokraftstoffen erfordert also verantwortliches Handeln der Bundesregierung, auch mit sozialen Anforderungen.

2. **Reaktion der Grünen auf das Konjunkturpaket II**

Die Ortsversammlung hat die Reaktion der Bundesgrünen auf das Kon-

junkturpaket II kritisch unter die Lupe genommen und viele Verbesserungsvorschläge gemacht, z.B. zum Thema **Steuererleichterungen**: Die Spitzensteuersätze könnten erhöht oder die Stufen in der Spitze geändert werden. Steuersenkungen in der Einkommenssteuer lehnen wir zu Zeit vollständig ab, da der Konjunkturreffekt unsicher ist. Steuersenkungen führen zu Neuverschuldung ohne vergleichbaren Gewinn für die nächste Generation.

Investitionsprogramm

80% der Mittel des Konjunkturpakets sollen in Investitionen in den Zukunftsbereichen Bildung, Infrastruktur (kein Neubau von Straßen) und Energiewende fließen. Die Gebäudesanierung von Schulen, Hochschulen, Kitas hat Vorrang.

Regelsätze ALG II (Hartz IV)

Die Maßnahme zur Erhöhung des Regelsatzes für Kinder ist sozialpolitisch richtig und kann nachfragestärkend wirken. Es soll zusätzlich eine größere Summe für zielgerichtete soziale Maßnahmen bereit gestellt

werden, z. B. gebührenfreies Essen an Schulen.

Wir haben noch weitere Vorschläge zu den **Krankenkassenbeiträgen** und der **KFZ Steuer/Neuwagenkauf und Abwrackprämie** gemacht.

Wer den ganzen Brief lesen möchte, wende sich bitte per E-Mail an: jrutzen@gmx.de

3. **Koalitionsaussage zur Bundestagswahl (Ampel)**

Die Mitgliederversammlung sprach sich am 26.2.09 mehrheitlich gegen eine vorzeitige Koalitionsaussage aus. Dies stelle unsere Glaubwürdigkeit in Frage, da vorher von denselben Personen eine Festlegung ausgeschlossen wurde. Wir wollen mit klaren grünen Inhalten Wahlkampf machen und nicht schon auf mögliche Koalitionspartner »schielen«.





Der grüne Pinocchio-Test



»Nationale und internationale Vergleichsuntersuchungen zeigen, dass das gegliederte allgemein bildende Schulwesen gegenüber einem Schulwesen mit längerer gemeinsamer Beschulung leistungsmäßig überlegen ist.«

Die Niedersächsische Kultusministerin Heister-Neumann in ihrer Presseerklärung am 24. Februar 2009.

suchungen (PISA, TIMSS, IGLU) zentrale Vergleichsarbeiten und ein nationaler Bildungsbericht herangezogen.

Der Test

Die großen Vergleichsuntersuchungen bescheinigen Deutschland insgesamt eher mittelmäßige Leistungen. Die Gymnasiasten schneiden zwar sehr gut im Vergleich ab, aber Deutschland schafft es in der Breite nicht, seinen Schülern die notwendigen Kompetenzen zu vermitteln. So ist im Bildungsbericht 2008 nachzulesen, dass viele vergleichbare Industriestaaten 2006 die Empfehlungen des Wissenschaftsrates deutlich übertrafen, während die Zielwerte in Deutschland signifikant unterschritten wurden. Vor allem bei Schülern mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Schichten bleiben die Ergebnisse deutlich hinter den Erwartungen zurück. Das gegliederte Schulwesen, schafft es nicht, allen Schülern die höheren Bildungsabschlüsse zu ermöglichen.

Fazit

Frau Heister-Neumann entnimmt den großen Vergleichsstudien nur den Teil der Ergebnisse den sie sehen will und vernachlässigt einen wesentlichen Aspekt. Dies erscheint aufgrund ihrer bildungspolitischen Verantwortung für alle Schüler und der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung in erheblichem Maße unverantwortlich.

Die Fakten

Demografische und wirtschaftliche Entwicklungen machen es erforderlich, den Bildungsstand der Bevölkerung zu heben. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, dass 50% eines Altersjahrganges eine Hochschulzugangsberechtigung und 35% einen Hochschulabschluss erwerben.

Deutschland ist mit seinem gegliederten Schulwesen fast allein auf weiter Flur. Fast überall in den europäischen Nachbarländern (um nur einige zu nennen: England, Frankreich, Italien, Finnland) aber auch in Japan und Amerika werden die Schüler deutlich länger ge-

meinsam unterrichtet, bevor sie in darauf aufbauenden Schulen Abschlüsse erwerben können, die Studiumszugangsbedingung sind.

Die Ständige Konferenz der Kultusminister in Deutschland (KMK) hat im Sommer 2006 eine Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring beschlossen, d. h. kontinuierliche, datengeschützte Informationen über Rahmenbedingungen, Verlaufsmerkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen für Bildungspolitik und Öffentlichkeit bereitzustellen. Hierzu werden u. a. die Ergebnisse der internationalen Schulleistungsunter-

Schule geht auch anders: www.neue-schule-niedersachsen.de

Impressum – Vorstand

V.i.S.d.P.:

Regina Lupp,
Vorstandspräsidentin
Grüne Ronnenberg
Telefon 0511 433164
regina.lupp@htp-tel.de

Verena Kuhn
Vorstand
Telefon 0511 466863
d.albrecht@htp-tel.de

Kontakt zur grünen Ratsfraktion

Ruth Wenzel
Sieben-Trappen-Str. 1
30952 Ronnenberg
Telefon 05108 65 28

Lisa Maack
Wallbrink 13
30952 Ronnenberg
Telefon 05108 923559

Andreas Beichler
Zum Mühlenberg 14 b
30952 Ronnenberg
Telefon 0511 461130

Jens Williges
Stettiner Str. 7
30952 Ronnenberg
05109 8299

